

**Nr.: 013/2024**

■ <b>Dezernat</b>	II - Recht, Ordnung & Gesundheit	23.01.2024
■ <b>Fachbereich</b>	Gesundheit	
■ <b>Verfasser/-in</b>	Luding, Alina	
■ <b>Telefon</b>	07621 410-2510	

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Status</b>	<b>Datum</b>
Verwaltungsausschuss	öffentlich	21.02.2024
Kreistag	öffentlich	06.03.2024

**Tagesordnungspunkt**

**Resolution zur pädiatrischen Versorgung- Rückmeldungen**

**Bezug zum Haushalt**

Teilhaushalt	2	Recht, Ordnung und Gesundheit
Produktgruppe	41.40	Maßnahmen der Gesundheitspflege
Produkt(e)	41.40.01	Gesundheitsförde- rung/Prävention/Gesundheitskonferenz
Klimawirkung	<input type="checkbox"/> positiv <input type="checkbox"/> neutral <input type="checkbox"/> negativ                   x keine	

## Inhalt der Mitteilung

---

### ■ Sachverhalt

Im Landkreis Lörrach ist die Lage der pädiatrischen Versorgung äußerst angespannt. Trotz der rechnerischen Überversorgung der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW) berichten Kinderärzte und Kinderärztinnen sowie Eltern von einer kritischen Lage der pädiatrischen Versorgung.

Um dem entgegenzuwirken, setzte sich die Arbeitsgruppe der Medizinischen Versorgung der Kommunalen Gesundheitskonferenz (KGK) mit der Problematik auseinander. Auf den Ergebnissen basierend wurde eine Resolution mit zehn Handlungsempfehlungen erarbeitet, welche im Oktober 2023 im Namen von Frau Landrätin Dammann an neun verschiedene Institutionen sowohl auf Landesebene als auch auf Bundesebene versandt wurde.

Eine Rückmeldung erfolgte von fünf Institutionen, dem Bundesministerium für Gesundheit, der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), dem Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA), der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW) und dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration.

Von vier Institutionen, der Bezirksärztekammer Südbaden, dem GKV-Spitzenverband, der Kassenärztlichen Bundesvereinigung KdöR sowie dem Landesausschuss der Ärzte und Krankenkassen für Baden-Württemberg haben wir bislang keine Rückmeldungen erhalten.

Zusammengefasste Antworten zu den Handlungsempfehlungen sowie Institutionen, die auf diese eingingen (rot vermerkt):

#### 1. Medizinstudium

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration sieht den Handlungspunkt als wichtigen Ansatz, um eine langfristige Stärkung der medizinischen Versorgung zu gewährleisten. Derzeit finde ein Austausch mit dem Wissenschaftsministerium statt, um nach der erfolgten Erhöhung der Medizinstudienplätze um 150 Plätze zum Wintersemester 2020/21 einen möglichen weiteren Ausbau zu prüfen. Gegenwärtig soll mit dem bereits verabschiedeten „Masterplan Medizinstudium 2020“ sowie einer Reform der Ärztlichen Approbationsordnung insbesondere auch die Allgemeinmedizin im Studium weiter gestärkt werden.

→ Land Baden-Württemberg

#### 2. Bedarfsplanung

Die Notwendigkeit für eine Überarbeitung der Bedarfsplanung wurde von mehreren Institutionen gesehen. Die KVBW hält eine Anpassung der Bedarfsplanung durch den Gemeinsamen Bundesausschuss im Hinblick auf die Schaffung neuer vertragsärztlicher Niederlassungsmöglichkeiten für eine durchaus zielführende Lösungsmöglichkeit. Auch die Landesregierung setzt sich auf Bundesebene für eine Überarbeitung der Bedarfsplanungsrichtlinien.

→ Gemeinsamer Bundesausschuss, Land Baden-Württemberg, Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg

#### 3. Weiterbildungsförderung

Die Gesundheitsministerkonferenz hat sich auf Initiative Baden-Württembergs und unter Mitwirkung der KVBW dafür ausgesprochen, die kinder- und jugendärztliche Weiterbildung in den §75a SGB V aufzunehmen, womit eine Deckelung der Weiterbildungsförderung entfallen würde. Nun sei der Bund in der Pflicht, diese Änderung umzusetzen. Bis zur angestrebten Gesetzesänderung seitens des Bundes werde das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration weiter mit der KVBW zusammenarbeiten, um diese bei der Weiterbildungsförderung zu unterstützen. Die Förderung der ambulanten Weiterbildung auf dem Gebiet der Pädiatrie und die Bereitstellung ausreichender Fördervolumina wurden von der KVBW als großes Anliegen

---

benannt.

→ [Land Baden-Württemberg, Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg](#)

#### **4. Weiterbildungsverbund**

Die Unterstützung der Gründung von Weiterbildungsverbänden wird von der KVBW als ein großes Anliegen benannt. Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration förderte mit einer Aufbauhilfe die PädNetz-Akademie als einen ersten Ansatz zur Stärkung der Kinder- und Jugendmedizin durch Fort- und Weiterbildungen.

→ [Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg, Land Baden-Württemberg](#)

#### **5. Patientenservice 116 117**

Die KVBW und das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration sehen für diesen Punkt ebenfalls Optimierungsbedarf. Die KVBW bezeichnete die telefonische Erreichbarkeit der Terminservicestelle als derzeit nicht zufriedenstellend und arbeite bereits an einer Umstrukturierung und Reorganisation. Aufgrund des Vergaberechts mit erforderlicher europaweiter Ausschreibung werde die Umsetzung noch etwas dauern. Unter der 116 117 sei das telemedizinische Angebot der KVBW (docdirekt) tagsüber erreichbar.

→ [Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg, Land Baden-Württemberg](#)

#### **6. Bereitschaftsdienst**

Die KVBW betont die Wichtigkeit der Reorganisation des ärztlichen Bereitschafts- und Notfalldienstes und zählt diese zu den vordringlichsten Aufgaben, denen sich die KVBW in dieser Legislaturperiode verschreiben werde. Laut KVBW ist die Etablierung neuer nachhaltiger, einheitlicher und wirtschaftlicher Strukturen im Notfalldienst erforderlich, damit die Versorgung auch in Zukunft sichergestellt werden kann. Sobald die Reformleitplanken feststehen, werde die KVBW den Dialog mit dem Landkreis Lörrach suchen. Das Bundesgesundheitsministerium weist darauf hin, dass die Ausgestaltung der Bereitschaftsdienste als Teil des Sicherstellungsauftrages in den Händen der Kassenärztlichen Vereinigungen liege und dass im Rahmen der anstehenden Erarbeitung der Notfallreform geprüft werde, ob hier Konkretisierungen oder Änderungen erforderlich sind.

→ [Bund, Land Baden-Württemberg, Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg](#)

#### **7. Delegationskonzepte**

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration befürwortet diese Handlungsempfehlung und setzt sich ein, dass der Bund geeignete Regelungen entwickelt. Auch die KVBW befürwortet Delegationskonzepte, verweist jedoch auf diesbezügliche personelle Engpässe.

→ [Land Baden-Württemberg, Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg](#)

#### **8. Ansprechbarkeit KV**

Dieser Handlungspunkt ist ebenfalls ein wichtiger Aspekt aus Sicht der KVBW. So plant diese zusätzlich einen Fokus auf die Antrags- und Geschäftsprozessdigitalisierung zu legen.

→ [Land Baden-Württemberg, Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg](#)

#### **9. Digitalisierung und KI**

Die KVBW sieht großes Potenzial in der Digitalisierung und plant einen Ausbau dieser mit dem Ziel, Ärzte zu entlasten. Auch der Koalitionsvertrag der Landesregierung beinhaltet verschiedene Maßnahmen, Vorhaben und Ziele, die sich mit dieser Handlungsempfehlung beschäftigen.

→ [Land Baden-Württemberg, Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg](#)

#### **10. Elterliche Gesundheitskompetenz**

Diese Handlungsempfehlung wurde allgemein begrüßt. Die BZgA macht auf ihr zentrales Online Eltern- und Fachkräfteportal kindergesundheit-info.de und auf die Bearbeitung des Handlungsfelds im Nationalen Zentrum Frühe Hilfen in Trägerschaft der BZgA aufmerksam. Die Handlungsempfehlungen werden bei der Errichtung des Bundesinstitutes für Prävention und Aufklärung in der Medizin (BIPAM), in das die BZgA ab 2025 aufgehen werde, berücksichtigt. Die KVBW verweist auf den „Nationalen Aktionsplan Gesundheitskompetenz“

→ Bund, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Land Baden-Württemberg, Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg

Die ausführlichen Rückmeldungen sind der Vorlage beigelegt. Nicht beigelegt ist die Antwort der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, welche als vertraulich an Frau Landrätin Dammann gesendet wurde

---

Marion Dammann  
Landrätin

---

Cornelia Wülbeck  
Dezernatsleitung II

- Anlage 1: Antwort Resolution Bundesministerium
- Anlage 2: Antwort Resolution Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung
- Anlage 3: Antwort Resolution Gemeinsamer Bundesausschuss
- Anlage 4: Antwort Resolution Staatsministerium
- Anlage 5: Antwort Resolution Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration